

DR. KLAUS KINKEL
Bundesvorsitzender
der Freien Demokratischen Partei

Herrn
Rolf Löchelt
Wübbenhof 14

21218 Seevetal

Bonn, 22. Dezember 1994
hf-ep

Sehr geehrter Herr Löchelt!

Vielen Dank für Ihren Brief vom 5. Dezember 1994.

Ich habe es für meine Pflicht gehalten, in Übereinstimmung mit dem Bundesvorstand und der Bundestagsfraktion darauf hinzuweisen, daß es in einer Bundesregierung nicht Minister erster und zweiter Klasse geben sollte. Bundesminister, die nicht gleichzeitig Mitglied des Deutschen Bundestages sind, haben gegenüber den anderen Kabinettsmitgliedern deutliche Nachteile. Ich selbst habe in den vergangenen Jahren meine Erfahrungen gemacht, was es bedeutet, wenn man Mitglied der Bundesregierung, nicht aber des Deutschen Bundestages, ist. Wer dem Kabinett ohne Bundestagsmandat angehört, hängt in höherem Maße vom Vertrauen des Bundeskanzlers ab, als andere Kabinettsmitglieder. Er kann in den Debatten des Deutschen Bundestages nur die offizielle Meinung des Kabinetts vertreten. Er kann darüber hinaus grundsätzlich nur zu Themen reden, die sein Ressort betreffen. Mir war es deshalb in der vergangenen Legislaturperiode als Bundesvorsitzender der F.D.P. beispielsweise verwehrt, in die Parlamentsdebatten zum § 218 StGB oder zur Wirtschaftspolitik einzugreifen. Das kann nicht im Interesse der F.D.P. sein.

Dennoch teile ich selbstverständlich Ihre Auffassung, daß Parteitagsbeschlüsse zu respektieren sind. Deshalb begrüße ich es, daß der Bundesparteitag in Gera die neu einzusetzende Kommission zur Parteistrukturereform damit beauftragt hat, Vorschläge für eine verfassungskonforme Umsetzung des Rostocker Beschlusses vorzulegen. Ich hoffe, daß die Kommission eine sachgerechte Lösung findet, in unserem gemeinsamen politischen Willen entspricht, dem Gewaltenteilungsprinzip in Zukunft größere Beachtung zukommen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

